

Pressekonferenz GEW BW, 28.07.2022, 10 Uhr, Medienzentrum Landtag

„Sommerferienarbeitslosigkeit“

Entlassung befristet beschäftigter Lehrkräfte und Referendar*innen

28.07.22, 15:15 Uhr: Zeugnisübergabe an Kultusministerin Theresa Schopper

Übergabe im Kultusministerium, Sitzungssaal, 9. Etage

Anmeldung: Matthias Schneider, presse@gew-bw.de – Tel. 0160 445 83 95

PK GEW zum Beginn des Schuljahres 2022/2023: 06.09.2022, 11 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

GEW-Landesvorsitzende Monika Stein:

Sehr geehrte Anwesende hier im Raum und online zugeschaltet,

heute (28.07.) freuen sich 1.495.554 Schüler*innen (Stat. Landesamt) über den Beginn der Sommerferien in Baden-Württemberg.

Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, möchte ich Danke sagen: Das zu Ende gehende Schuljahr ist eine Meisterleistung der 1,5 Millionen Schüler*innen und ihrer 130.000 Lehrkräfte im Länd. Ich danke allen Beschäftigten an den Schulen und schließe dabei ausdrücklich alle am Schulleben Beteiligten mit ein, wie Sekretär*innen, Hausmeister*innen, Schulbegleiter*innen, Schulsozialarbeiter*innen und viele mehr.

Die wichtigste Nachricht am Ende des Schuljahres im dritten Jahr der Pandemie ist, dass keine Schulen längerfristig geschlossen werden mussten und es gelungen ist, ca. 18.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in den Klassenzimmern aufzunehmen. Die Schüler*innen und die Lehrkräfte haben bis gestern bis zum letzten Schultag ihre zahlreichen Hausaufgaben gründlich gemacht und sich die Ferien mehr als verdient. Für die Verantwortlichen in der Landesregierung und bei den Schulträgern gibt es noch viele zu erledigende Hausaufgaben: Sichere Schulen brauchen Luftreinigungssysteme und funktionierende Heizungen. Gute Bildung braucht eine Entlastung der Lehrkräfte und Schulleitungen, die nicht dauerhaft den Fachkräftemangel und die fehlende Vertretungsreserve jonglieren können.

Etwa 8.000 bis 9.000 Lehrkräfte haben heute weniger Grund zur Freude. Ich hoffe sehr, dass diese Pressekonferenz in einem Jahr nicht mehr notwendig sein wird. Wir sitzen hier heute vor Ihnen, weil in diesem Jahr wohl so viele befristet Beschäftigte sowie fertig ausgebildete Referendar*innen ohne Vertrag und ohne Einkommen in den 1. Tag der Sommerferien in Baden-Württemberg starten wie noch nie zuvor. Dies, während die Schulen unter Lehrkräftemangel stöhnen und viele Schulleitungen nicht wissen, wie sie nach den Sommerferien die Unterrichtsversorgung gewährleisten sollen. Und kein anderes Bundesland schickt so viele Personen in die so genannte „Sommerferienarbeitslosigkeit“.

3.895 befristet Beschäftigte

Die befristet beschäftigten Lehrer*innen sind für die Schulen der Rettungsanker. Sie halten unter oft schwierigen Bedingungen und bei deutlich schlechterer Bezahlung mit ihren fest eingestellten Kolleg*innen den Unterrichtsbetrieb in Baden-Württemberg aufrecht.

Zum Teil arbeiten Lehrkräfte bis zu fünf Jahre ohne bezahlte Sommerferien. Die GEW unterstützt derzeit Mitglieder bei Klagen. Ziel ist es, dass bei der regulären Einstellung von Lehrkräften auch die Berufspraxis als befristet eingestellte Lehrkraft eine Rolle spielt und nicht vorwiegend die Jahre zurück liegenden Abschlussnoten entscheidend sind.

Viele „Saisonlehrkräfte“ arbeiten in der Vertretungsreserve sowie in Vorbereitungsklassen (VKL) und in Klassen des Vorqualifizierungsjahrs Arbeit und Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO), in denen auch geflüchtete Kinder und Jugendliche unterrichtet werden. Angesichts der zahlreichen Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine und weiterhin und dauerhaft aus vielen anderen Ländern, brauchen wir diese Pädagog*innen und dürfen sie nicht weiter mit Saisonverträgen abspeisen.

In den 11 Jahren, in denen die Grünen die Landesregierung führen, hat sich die Zahl der befristet Beschäftigten von 2.100 auf 3.895 (ohne Pensionär*innen/Rentner*innen) erhöht. Noch 2008 lag die Zahl der befristet Beschäftigten bei 1.216.

Die starke Zunahme der Befristungen ist ein Beleg dafür, dass in Baden-Württemberg Bildungspolitik auf Sparflamme gemacht wird. Der Vertretungsbedarf ist seit Jahren kontinuierlich hoch und wird hoch bleiben. Die Landesregierung spart doppelt, indem sie die Sommerferien nicht bezahlt und die angestellten Lehrkräfte verdienen im Schnitt 500 Euro pro Monat weniger als ihre in der Regel verbeamteten Kolleg*innen in den Lehrerzimmern.

Theresa Schopper ist einzige grüne Bildungsministerin in Deutschland. Der grüne Finanzminister müsste für die Bezahlung der Sommerferien für diese Gruppe knapp 15 Millionen Euro (genau 14,83 Millionen Euro) pro Jahr ausgeben, gerade einmal ein Tausendstel des Kultushaushalts. Die Grünen stehen für mehr Bildungsgerechtigkeit. Wie verträgt sich das damit, heute 3.895 Personen in die Arbeitslosigkeit zu schicken?

Niemand versteht, warum es mit einer grünen Kultusministerin, einem grünen Finanzminister und einem grünen Ministerpräsidenten nicht gelingt, dieses Geld aufzubringen, von

dem ein Teil stattdessen durch die Steuerzahler*innen durch andere Töpfe wie Arbeitslosengeld und Hartz IV finanziert wird. Die Grünen haben in den vergangenen 11 Jahren immer wieder versprochen, diese Praxis der Entlassungen zu beenden. Das Land BW gibt für die Kampagne „The Länd“ 21 Millionen Euro aus, um gute Fachkräfte ins Land zu holen, die eigenen werden in den Sommerferien entlassen.

Die Möglichkeiten, bestimmte Lehrkräfte über die Sommerferien zu bezahlen, werden nicht ausgeschöpft. Befristet Beschäftigte können über die Sommerferien bezahlt werden, wenn der Befristungsgrund über diese Zeit hinaus besteht. Wir erwarten, dass Kultusministerin Theresa Schopper die Schulverwaltung auffordert, dies in jedem einzelnen Fall zu prüfen und umzusetzen. Bisher ist dies nicht der Fall, zum Teil konnte erst auf Druck der GEW-Personalrät*innen eine Verlängerung der Verträge erreicht werden. Die GEW begrüßt, dass die Kultusministerin die so genannten Entfristungsstellen für nicht ausgebildete Lehrkräfte, die sogenannten „Nichterfüller*innen“, aufgestockt hat. Als nächsten Schritt brauchen wir Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für diese Lehrkräfte.

4.000 – 5.000 Referendar*innen

Der größte Teil der Referendar*innen, die gestern ihre Ausbildung nach 1,5 herausfordernden Jahren beendet haben, haben ein Einstellungsangebot erhalten und werden ab dem 12. September wieder in den Klassenzimmern der 4.500 Schulen in unserem Land stehen. Das Referendariat ist kein Zuckerschlecken, besonders in den letzten Monaten mit den zahlreichen schwierigen Prüfungen. Alle, die es durchlaufen haben, benötigen dringend eine Pause.

Welcher andere Arbeitgeber schickt den gefragten Nachwuchs nach der Ausbildung erst einmal in die Arbeitslosigkeit? Was sollen junge Menschen von einem solchen Arbeitgeber denken? Der bestehende Mangel an Lehrkräften verschärft sich von Jahr zu Jahr und trotzdem präsentiert sich die grün-schwarze Landesregierung als Arbeitgeberin ohne Verantwortung. Nachbarn wie die Schweiz profitieren davon: Viele in Baden-Württemberg ausgebildete Lehrkräfte finden dort Jahr für Jahr bereits vor dem Ende der baden-württembergischen Sommerferien eine besser bezahlte Anstellung als Lehrer*in.

Sommerferien überbrücken: Jobs in der Gastronomie, Schulden machen, etc.:

Die jungen Pädagog*innen nach dem Referendariat und die befristet Beschäftigten sind gezwungen, sich entweder bei den Arbeitsagenturen für 6 Wochen als arbeitssuchend zu melden oder sie versuchen, diese Zeit zu überbrücken, auch weil die meisten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben. Manche werden Jobs in der Gastronomie annehmen, andere leihen sich Geld von Freund*innen oder in den Familien oder leben vom Dispokredit. 2021 haben sich nur 1.600 der Betroffenen in BW bei den Arbeitsagenturen arbeitssuchend gemeldet.

Ständige Vertretungsreserve ausbauen

Die GEW setzt sich für einen schnellen weiteren Ausbau der Lehrkräftereserve ein. Diese war mit 1.945 Stellen bei geschätzten gut 5.000 bis 7.000 dauerhaften Ausfällen schon vor Corona viel zu gering.

Mit dauerhaften Ausfällen sind keine Personen gemeint, die für wenige Tage oder Wochen ausfallen. Ein großer Teil ist verursacht durch Schwangerschaften, ein Teil auch durch schwere langfristige Erkrankungen. Dadurch, dass derzeit schwangere Lehrkräfte nicht in Präsenz unterrichten dürfen, verschärft sich die Situation weiter. Bei 130.000 Beschäftigten würde jeder andere Betrieb dieser Größenordnung frühzeitig daran denken, für Vertretungen zu sorgen.

Die Landesregierung kennt das Problem und sie hatte eigentlich 2012 eine Lösung vereinbart. In einem Stufenplan sollte die Vertretungsreserve jährlich um 200 Stellen erhöht werden. Nach zwei Jahren hat die grün-rote Landesregierung diesen Stufenplan gestoppt, um Geld zu sparen. Die erste und jetzt auch zweite grün-schwarze Landesregierung änderte dies nicht und schaut dem zunehmenden Unterrichtsausfall und den händeringenden Vermeidungsversuchen davon seitdem tatenlos zu.

Die ständige Vertretungsreserve ist so klein, dass aufgrund des Lehrkräftemangels in vielen Schulen bereits am ersten Schultag alle eingeplant sind, um den regulären Unterricht halbwegs sicherzustellen. Da kaum weitere Personen auf dem Arbeitsmarkt sind, die kurzfristig für Vertretungen gewonnen werden können, bedeutet jeder weitere Ausfall meist, dass Klassen zusammengelegt werden müssen oder Unterricht ausfällt. Die GEW schlägt vor, bereits mit dem nächsten Haushalt den Stufenplan zum Ausbau wieder aufzunehmen.

Für die neu zu schaffenden Stellen könnten unter anderem Gymnasiallehrkräfte gewonnen und auch für andere Schularten qualifiziert werden. Hier haben viele in den vergangenen Jahren keine Stelle erhalten. Es gibt viele Gymnasiallehrkräfte, die aufgrund einer schlechteren Examensnote über Jahre keine feste Stelle bekommen, aber durch befristete Verträge inzwischen Berufserfahrung haben und unter Beweis gestellt haben, dass sie gute Pädagog*innen sind. Diesen Personen muss die Möglichkeit gegeben werden, endlich eine feste Stelle zu bekommen.

Solange die Vertretungsreserve nicht vollständig ausgebaut ist, sollte wenigstens die befristete Vertretungsreserve in den Ferien bezahlt werden.

Fachkräftemangel verschärft sich

Baden-Württemberg spart derzeit 15 Millionen Euro jährlich im Kultusbereich. Noch niemand hat ausgerechnet, wieviel Geld verloren geht, weil in unserem Land über viele Jahre ausgebildete pädagogische Profis angesichts dieser Praxis die Nase voll haben vom Länd und inzwischen in der Schweiz (bei deutlich höherem Gehalt) oder anderen Bundesländern am Lehrer*innen-Pult stehen. In Berlin bekommen derzeit befristete Beschäftigte aus BW sofort einen unbefristeten Vertrag, demnächst sogar mit der Perspektive der Verbeamtung in der attraktiven Bundeshauptstadt, in der sogar die Wohnungspreise meist noch günstiger sind als in Stuttgart. Es sind auch Fälle bekannt, bei denen Personen nach mehreren Befristungen in Folge ganz den pädagogischen Beruf verlassen haben.

Die Landesregierung hat es in den vergangenen Jahren versäumt, langfristige Lehrkräftebedarfsprognosen zu erstellen und frühzeitig ausreichend Studienplätze zu schaffen. Hätte die Landesregierung von 2012 bis 2015 die vorliegenden Zahlen des Statistisches Landesamtes ernst genommen und sofort ausreichend Studienplätze geschaffen, könnten jetzt zum Schuljahresbeginn am 12. September alle Stellen besetzt werden. Besonders absurd wird diese Bildungspolitik, wenn Befristete nicht entfristet werden mit dem Argument, sie würde dann in wenigen Jahren, wenn wieder mehr Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt sein könnten, diesen die „Stelle wegnehmen“. Der GEW ist mindestens ein Fall bekannt, bei dem dieses Argument bei einer Lehrerin angewandt wurde, die Ende 50 ist. Bis womöglich der Lehrkräftearbeitsmarkt entspannt ist, ist diese Lehrerin längst im Ruhestand.

Situation in anderen Bundesländern (Auswahl):

Kein Bundesland wendet diese Praxis in diesem Ausmaß wie Baden-Württemberg an.

Berlin zahlt selbst die Quereinsteiger*innen in den Sommerferien.

Auch in Bremen bekommen die Personen Anschlussverträge bzw. werden entfristet.

In Hessen wird etwa ein Drittel der 7.600 befristet beschäftigten Lehrkräfte nicht über die Sommerferien beschäftigt.

In NRW gibt es die BW-Praxis nicht.

Rheinland-Pfalz bezahlt seit 2019 die Saisonlehrkräfte in den Ferien, das macht in Nordbaden den Wechsel von BW ins benachbarte Bundesland attraktiv.

In Sachsen betrifft das Thema „kein Geld in den Sommerferien“ i.d.R. nur Senior*innen und Studierende im Vertretungslehrkräfteprogramm.

In Sachsen-Anhalt sind Schulbegleiter*innen von der Sommerferienarbeitslosigkeit betroffen.

In Schleswig-Holstein versucht die schwarz-grüne Landesregierung die wenigen betroffenen Lehrkräfte über die Sommerferien zu beschäftigen, wenn es die Befristungsgrundlage hergibt.

In Thüringen sind wenige Lehrkräfte und Schulbegleiter*innen von der Sommerferienarbeitslosigkeit betroffen.

Folgende Personen berichten Ihnen kurz über ihre Situation, stellvertretend für viele andere Betroffene:

Marijke Clark, Schulkindergarten Abraxas für Sprachbehinderte in Stuttgart-Freiberg am SBBZ Helene-Fernau-Horn-Schule

Mehrere befristete Verträge, ab September 2022 wird der Vertrag im Schulkindergarten entfristet.

Fabia Holland-Cunz

Gymnasiallehrerin Vaihingen/Enz

Nach erfolgreichem Referendariat im Jahr 2021 keine Stelle, arbeitete im vergangenen Jahr als Krankheitsvertretung und ist jetzt wieder ohne Vertrag.

Sophie Hesse*

Gymnasiallehrerin Esslingen

Sechs befristete Verträge an insgesamt neun Schulen seit dem Jahr 2014. Ab September 2022 nach sechs Jahren ein Einstellungsangebot an einer Gemeinschaftsschule.

(*Name geändert)

Mehrere befristet Beschäftigte, die bereit gewesen wären, mit Journalist*innen zu sprechen, können heute hier nicht dabei sein, weil sie heute Termine bei den Arbeitsagenturen haben. Viele, die in dieser Situation sind, wollen nicht an die Öffentlichkeit gehen, weil sie befürchten, dass dies Auswirkungen bei ihrer erneuten Bewerbung haben könnte.

Die den Ausbildungsseminaren und den GEW-Kreisverbänden haben in den vergangenen Tagen landesweit Protestaktionen stattgefunden, einige Bilder sind auf Instagram zu sehen:

<https://www.instagram.com/gewbw/>

Zeugnis für Theresa Schopper

Eine Delegation der GEW überreicht Kultusministerin Theresa Schopper am Nachmittag des 28.07. ein Zwischenzeugnis (siehe Pressemappe) im Fach „Behandlung der befristet beschäftigten Lehrkräfte“. Darin heißt es u.a.:

Kultusministerin Schopper startete mit großem Elan in ihre Amtsperiode. Sie erkannte schnell, dass die Nichtbezahlung der Sommerferien bei befristet beschäftigten Lehrkräften ein Skandal und peinlich für das Land Baden-Württemberg ist. Sie kündigte an, diesen Missstand zu beseitigen. In der Kürze der Zeit bis zu den Sommerferien 2021 war es ihr noch nicht möglich, für die Bezahlung der Sommerferien für befristet beschäftigte Lehrkräfte zu sorgen. Die Hoffnungen, die sie bei den Betroffenen weckte, wurden allerdings bis heute leider nicht erfüllt. (...)

Für das Halten der guten Fachkräfte im Land bräuchte es 14 Millionen Euro. Um ihren Platz im Kabinett zu sichern und ein erfolgreiches Schuljahr zu erleben, sollte Frau Schopper dieses Geld im Haushalt organisieren. Wenn ihr das nicht gelingt, bleibt der Beruf der Lehrkraft weiter unattraktiv und das Land versagt als Arbeitgeber.

GEW-Landesvorsitzende Monika Stein

Angesichts der oben beschriebenen Situation fällt der Wunsch etwas schwer, er gilt Ihnen und allen Beschäftigten in den BW-Bildungseinrichtungen:

Danke für die Zusammenarbeit in diesem Kita-/Schul-/Hochschul-Jahr und schöne Sommerferien!